Ruf nach Unterstützung von Lehrern in Antisemitismus-Debatte

29. März 2018

Bonn (KNA) In der Debatte über Antisemitismus an Schulen wird der Ruf nach einer besseren Unterstützung für Lehrer lauter.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht Schulen nicht ausreichend darauf vorbereitet, mit unterschiedlichen Kulturen umzugehen. „Wir haben viel zu wenig Zeit, um das, was Beziehung ausmacht, in der Schule fördern zu können und so auch näher an die Schüler heranzukommen“, sagte die baden-württembergische Landesvorsitzende Doro Moritz am Mittwoch im SWR.

Lehrkräfte müssten ein stärkeres Augenmerk auf Eltern haben. Wenn Lehrer mehr Zeit für unsichere Eltern bekämen, „dann wäre das ein ganz wesentlicher Beitrag, der auch in späteren Jahren Früchte trägt“, sagte Moritz. Lehrern dafür Zeit zu geben, koste aber Geld. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte der „Passauer Neuen Presse“ (online), dass Lehrer mit religiösem Mobbing und Antisemitismus überfordert seien – „weil wir das bisher so nicht kannten“. Die Kultusminister müssten dieses Problem rasch in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aufgreifen.

Schuster sagte zudem, er sorge sich, „dass eine neue Generation von Antisemiten in Deutschland heranwächst“. Die Zuwanderung von Muslimen sei ein Hauptgrund. Er sprach von einer „neuen und erschreckenden Dimension“ von Vorfällen.

Auch der Generalsekretär der Kurdischen Gemeinde Deutschland, Cahit Basar, erklärte, dass es sich nicht um Einzelfälle handele. „Wer dies so darzustellen versucht, handelt grob fahrlässig, redet eine reelle Gefahr klein und gefährdet damit Menschenleben.“ Der Nahostkonflikt und „religiöse Indoktrinierung“ trügen nun „ihre Früchte und den Hass“ auf deutsche Schulhöfe. Schulen seien verunsichert, so Basar. Religiöse Intoleranz richte sich nicht nur gegen jüdische Schüler. Für die Integrations- und Schulministerien auf Länderebene gebe es jetzt „dringenden Handlungsbedarf, um der religiösen Intoleranz bereits in den Anfängen konsequent zu begegnen“.

Der religionspolitische Sprecher der Grünen, Konstantin von Notz, forderte „sehr viel mehr Angebote, die präventiv gegen religiöses Mobbing jedweder Art wirken“. Dazu müsse auch die pädagogische Auseinandersetzung in Bildungseinrichtungen ausgebaut werden. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte in der „Bild“- Zeitung: „Wir brauchen endlich eine Null-Toleranz-Strategie gegen den Schulhof-Islamismus – mit maximaler Konsequenz bei Religionsmobbing bis hin zum Schulverweis, zusätzlichen Kräften zur Unterstützung unserer Lehrer und einer konsequenten Vermittlung unserer Leitkultur im Unterricht.“

Die frühere Berliner Ausländerbeauftragte, Barbara John (CDU), ist für ein besonnenes und

entschiedenes Vorgehen. Gleichwohl müsse man Vorfälle ernst nehmen, sagte sie im Deutschlandfunk. „Ich glaube, wir machen uns Illusionen, wenn wir annehmen, dass Menschen, die hier herkommen, ihre Vergangenheit und ihre Konflikte und vor allem ihre Identität erst einmal hinter sich lassen, wenn sie die Länder verlassen haben.“

(KNA – sknms-89-00119)

Stand: 13. November 2026